

Hörgensweg / Eidelstedt: Umsetzung des Bürgervertrages auf dem Weg Wesentlicher Umsetzungsschritt der BSW¹ –Bezirk jetzt in der Pflicht

Hamburg, 02. März 2018

Zur Erläuterung der Eckpunktevereinbarung hat die Stadt² die Bürgerinitiative „*Sozial Gerechtes Eidelstedt*“ und den Dachverband „*Initiativen für erfolgreiche Integration*“ (IfI) und die Volksinitiative „*Hamburg für gute Integration!*“ (HGI) eingeladen. Im Ergebnis konnte festgehalten werden:

- Durch den Eckpunktevereinbarung³ wird **ein wesentlicher Punkt des Bürgervertrages** für den Hörgensweg umgesetzt.
- Die Reduzierung auf **300 Flüchtlinge** – geplant für den 01.01.2020 - wird bereits mit dem Erstbezug realisiert.
- Das zentrale Thema der **Durchmischung** ist noch nicht gelöst, aber auf einem guten Weg.

Klar erkennbar ist, dass sich die Stadt bemüht, ihrer Verantwortung gerecht geworden. **Jetzt muss der Bezirk dafür sorgen, dass:**

- bedarfsgerechte infrastrukturelle Maßnahmen auf der Grundlage eines ausgewogenen Verkehrskonzepts umgesetzt und
- Durchmischung in den KITAS sowie
- wohnortnahe Beschulung und
- medizinische Versorgung sichergestellt werden und
- die Möglichkeit der Aus- und Fortbildung sowie Qualifizierung der Geflüchteten gestärkt wird.

Final offen sind noch abschließende Vereinbarungen von Wohnungsangeboten mit dem **Studierendenwerk, der Stiftung Azubiwerk, der Zollverwaltung und der Polizei**. Hierzu hat Staatsrat Matthias Kock zugesagt, entsprechende Vereinbarungen noch vor dem Erstbezug des 1. Bauabschnittes am Hörgensweg zu treffen. Erfüllt sich die Zusage, wäre das Thema „**Durchmischung**“ ebenfalls auf einem guten Weg.

Weitergehende Vereinbarung mit f&w in der Folge der Umsetzung der freiwilligen Verpflichtung stehen allerdings noch aus.

Am Hörgensweg wurde vor dem Hintergrund der lokalen Besonderheit vereinbart, dass die öffentlich-rechtliche Unterkunft möglichst mit Flüchtlingen, mit „*bereits erfolgter bzw. eingeleiteter Integration in den ersten Arbeitsmarkt*“ belegt werden soll. Darüber hinaus „*soll bei den Unterkünften (der Anteil von Familien) wesentlich über dem Anteil von Familien in der Gesamtzahl der Flüchtlinge in Hamburg liegen.*“

1) BSW=Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

2) Dr. Andreas Dressel (Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion), Dr. Antjes Tjarks(Fraktionsvorsitzender der Grünen-Fraktion), Staatsrat Matthias Kock (BSW) und Kay Gätgens (Bezirksamtsleiter Eimsbüttel)

3) Pressemitteilung BSW, vom 07.02.2018

Hier stehen noch Vereinbarungen mit f&w aus.

- **Die BSW sieht sich hier in der Pflicht, diese Umsetzung mit f&w zu regeln.**

In der Eckpunktevereinbarung wurde ein erster Schritt der Stadt vorgestellt, Flüchtlinge im ganzen Stadtgebiet zu verteilen. Es heißt: „Darüber hinaus verpflichtet sich der Investor ... zudem 50 vorrangig wohnungssuchende Haushalte in seinen Hamburger Wohnungsbeständen zu versorgen.“

Der Kritik von HGI, dass diese Wohnungen nicht für Flüchtlinge vorgesehen sind, hielt Staatsrat Kock entgegen, dass die öffentlich-rechtlichen Unterkünfte ja im Wesentlichen von Flüchtlingen belegt sind und f&w aus diesem Kreis diejenigen auswählen wird, die für dieses Programm in Frage kommen.

- **Um den Menschen in den örU eine Chance auf dem Wohnungsmarkt zu geben, hätte sich IFI/HGI eine jährliche Quote vorstellen können.**

O-Ton Klaus Schomacker:

- „Staatsrat Matthias Kock hat durch die vorgelegte Eckpunktevereinbarung den Eindruck vermittelt, dass ihm die Umsetzung der freiwilligen Verpflichtung in Eidelstedt wichtig ist. Good Governance, nennt er das. Der Dachverband geht davon aus, dass das für ganz Hamburg gemeint ist. Ich denke da auch an den Mittleren Landweg.“
- „Am Hörgensweg haben die BSW und Staatsrat Matthias Kock ihr Wort gehalten und keinen Zweifel daran gelassen, dass sie dies auch für die Zukunft tun werden. Wir halten das für die einzig richtige Haltung. Diese Zuverlässigkeit schafft Vertrauen und wirkt Politikverdrossenheit entgegen. Und diese Zuverlässigkeit brauchen wir überall in Hamburg.“

www.gute-integration.de

Ansprechpartner für die Medien:

Klaus Schomacker

Tel.: 01578 / 3 28 55 55 / klaus.schomacker@t-online.de



Hintergrund:

Die Bürgerinitiative Sozial Gerechtes Eidelstedt hat den Bürgervertrag im Sommer 2016 nicht unterzeichnet, weil die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen mit dem Investor Fewa einen Vertrag geschlossen hatte, der der Umsetzung des Bürgervertrages im Wege stehen würde. Die Stadt hat sich dennoch freiwillig verpflichtet den Bürgervertrag umzusetzen.

In der Eckpunktevereinbarung heißt es dazu: „Die auftretenden zeitlichen Parallelen mit den Verhandlungen und dem Abschluss der Bürgerverträge sind den Beteiligten bewusst gewesen.“

Positiv zu bewerten ist, dass durch den vorliegenden Eckpunktvertrag wesentliche Teile der „freiwilligen Verpflichtung“ der Stadt für den Hörgensweg umgesetzt werden

Für den Hörgensweg und die Umsetzung der freiwilligen Verpflichtung der Stadt gibt es aus dem Eckpunktvertrag zwei Alternativen der Belegung:

1 Planung Eckpunktevereinbarung		1 BA		2 BA		BV/f.Verpfl.	
		364	500	864	600	WE	
Sozialwohnungen, gefördert		364					
örU		73					
Sozialwohnungen		291					
Belegung	- Sozialwohnungen, f&w	3	212	288	Ziel BV		
	- freifinanzierte Wohnungen		288	288	Ziel BV		
	- Seniorenwohnungen,						
	Auszubildende, Studierende	288		288	Ziel BV		
		364	500	864			

2 Planung Eckpunktevereinbarung		1 BA		2 BA		BV/f.Verpfl.	
		364	500	864	600	WE	
Sozialwohnungen, gefördert		364					
örU		73					
Sozialwohnungen		291					
Belegung	- Sozialwohnungen, f&w		215	288	Ziel BV		
	- freifinanzierte Wohnungen			288	Ziel BV		
	- Seniorenwohnungen,						
	Auszubildende, Studierende	76	212	288	Ziel BV		
		364	500	864			

Die Umsetzung des vereinbarten 1/3 (288 Wohnungen) für Senioren, Azubi und Studierenden im 1. Bauabschnitt wäre für das Ziel einer Durchmischung die beste Lösung.